

Das Berlin-Ultimatum nahm Chruschtschow zurück, als er 1959 die Vereinigten Staaten besuchte und sich mit Präsident Eisenhower in Camp David traf. Doch mußte ein großer Illusionist sein, wer nun auf ruhige Besserung in Berlin setzte. Denn ohne Ultimatum änderte sich vielleicht die Form, nicht aber der Inhalt der sowjetischen Politik. Die Töne klangen so schrill wie eh und je. Daß ein neuer Zugriff auf Berlin nur eine Frage von Zeit und Gelegenheit sein könnte, war verbreitete Überzeugung. Eines Tages im Mai 1960 erschien Verteidigungsminister Strauß in der Vertretung Berlins in Bonn und gab mir, unter vier Augen, einen militärischen Lagebericht. Seine Konklusion: »Berlin ist nicht zu verteidigen.« Ich möge erkennen, daß Berlin zu einer unzumutbaren Belastung für die westliche Politik im allgemeinen, für die Bundesrepublik im besonderen werde. Wir müßten gemeinsam auf eine »halbwegs akzeptable Frontbegradigung« aussein. Um die Straußsche Intervention, von der ich nie auch nur andeutungsweise Gebrauch gemacht habe, einordnen zu können, muß man wissen: Er war von amerikanischer Seite gefragt worden, wie es im Ernstfall um den Einsatz der Bundeswehr bestellt sein würde. Und man hatte ihn auf die Möglichkeit hingewiesen, taktische Atomwaffen einzusetzen, sollte um die Zugangswege nach Berlin gekämpft werden. Bisweilen sind die, die die lautesten Töne anschlagen wissen, leicht ins Bockshorn zu jagen.

In jenen Tagen, in denen es hart – in den Meldungen zuweilen noch härter als in der Realität – herging, erreichte mich ein ganz unerwartetes Zeichen der Ermutigung. Eine Berliner Ärztin brachte mir aus Lambarene den breiten Zahn eines Elefanten. Albert Schweitzers Begleittext: Er wisse, der Berliner Bürgermeister habe Zähne zu zeigen!

Jene Berlin-Krise, die Chruschtschow 1958 losgetreten hatte, endete am 13. August 1961 – in der Abriegelung des *eigenen* Teils der Stadt. Der Kreml hatte eingesehen, daß der Westteil der Stadt auf kurze Sicht jedenfalls nicht zu holen sein würde. Daß die Berlin-Krise nicht die Ursache, sondern die Folge des weltpolitischen Gegensatzes war, setzte ich auseinander, wo immer ich hinkam, auch auf einer Weltreise, die ich im Auftrag der Bundesregierung noch Anfang 1959 unternommen hatte. Daß Berlin erst würde Luft schöpfen können, wenn der Kalte Krieg wiche, war die entscheidende Ein-

sicht dieser Jahre. Ihre Kehrseite: Von Berlin aus würde die Welt nicht aus den Angeln gehoben werden. Hier galt es weiterhin, die Selbstbehauptung großzuschreiben; die Mauer sollte ja erst noch gebaut werden. 1959 notierte ich jenes Wort, das zum Motto des Berlin-Abkommens 1971 werden sollte: Berlin eignet sich nicht als Vorleistung, wohl aber als Prüfstein der Entspannung.

### *Der Alte vom Rhein*

Adenauer und mich trennte nicht nur der Unterschied der Generationen; er war schon jahrelang Oberbürgermeister von Köln, als ich in Lübeck zur Schule kam. Auch die Herkunft hatte uns in mindestens dreifacher Hinsicht unterschiedlich geprägt.

Er, aus kleinbürgerlicher Familie kommend, ins Großbürgertum hineingewachsen, von tief konservativer Grundüberzeugung, nicht ohne liberale Zutaten. Fest im Katholizismus wurzelnd, wenngleich nicht klerikal. Vom Reich des Bösen im Kampf mit dem Reich Gottes hat man ihn nicht reden hören, und als er sich bei Johannes XXIII. einen »Auftrag des deutschen Volkes« bestätigen lassen wollte, erteilte ihm der Papst eine Abfuhr. Auf den Weltkommunismus oder das, was er dafür hielt, war er auch ohne höheren Auftrag fixiert und wußte davon Gebrauch zu machen. Sein Denken im vorigen Jahrhundert wurzelnd; er war immerhin ein erwachsener Mann, als das unsere begann.

Ich, von ganz unten kommend in die Arbeiterbewegung hineingewachsen, demokratischer Sozialist und sozialer Demokrat. Durch den lutherischen Protestantismus vielfach beeinflusst, wenn auch mit wachsender Neigung zum Agnostizismus. Des geschichtlichen Erbes bewußt, doch von den Möglichkeiten der modernen Welt fasziniert.

Er, der gestandene Rheinländer, der eher ein Westdeutscher denn ein Deutscher schlechthin sein wollte. Dem der Osten, auch der deutsche, fremd war. Er erzählte selbst: Im Zug nach Berlin habe er, der Präsident des Preussischen Staatsrats, immer das Gefühl gehabt, hinter der Elbe höre Europa auf, und ab Magdeburg die Vorhänge zugezogen – »damit ich die asiatische Steppe nicht sehen

mußte«. Nach dem Krieg kam ähnliches wieder hoch – in einem Brief an den Kölner Reichstagsabgeordneten Sollmann, der in die USA emigriert war: Asien stehe an der Elbe. Im »heidnischen« Berlin fühlte er sich nicht zu Hause. Daß dort und in Sachsen und sonstwo nicht »schwarz«, sondern eher »rot« gewählt wurde, mag hinzugekommen sein.

Ich, in einer Hansestadt an der Wasserkante aufgewachsen, auch kein Preuße, höchstens ein angelernter, aber auch heute noch protestierend, wenn man mich einen Westdeutschen nennt; ich sage dann, nicht in West Germany oder l'Allemagne de l'Ouest sei ich geboren, sondern in Deutschland, und falls man es genauer hören will – in Norddeutschland. Für ihn war es, nicht nur räumlich, näher nach Paris. Für mich war und ist Europa ohne seinen Osten ein Torso.

Er hatte mit den Nazis ebensowenig im Sinn wie ich. Er redete ihnen nicht nach dem Mund, und sie behandelten ihn nicht gut. Von einem radikalen Bruch mit den Nazi-Jahren mochte er sich allerdings nichts versprechen. Er war für ein hohes Maß an Kontinuität, Restauration und Schwamm drüber. Dazu gehörte, die Weimarer Parteiensplitterung zu überwinden und ein breites Parteilager zu etablieren, das vom alten Zentrum und von einem Teil der Deutschdemokraten bis zu den Deutschnationalen reichte. Die Bürokraten, die – im weiteren Sinn des Wortes – dem braunen Regime gedient hatten, an sich zu binden barg, zusätzlich zu formaler Sachkunde, den Vorteil, ihrer Dankbarkeit gewiß zu sein. Er wich der Schuldfrage weitgehend aus und nahm manchem das schlechte Gewissen. Anders gewendet, er setzte auf Zeitgewinn und trug, mit einem Schuß Opportunismus, dazu bei, daß die Deutschen nicht heillos zerbrachen – im Streit über jenen moralischen Absturz, den sie gerade überlebt hatten.

Ich war nicht für eine Entnazifizierung, die die Kleinen an den Pranger stellte und die Großen laufenließ. Mir schwebte vor, den mißbrauchten Idealismus einer jungen Generation läutern zu helfen und in den Dienst einer besseren, einer demokratischen Sache zu stellen. Aussöhnung war geboten, aber bei schonungsloser Auseinandersetzung mit der bösen Vergangenheit. Nationale Wiedergeburt, so dachte ich, erfordere grundlegende geistige, politische, gesellschaftliche Erneuerung.

Die tatsächliche Entwicklung verlief anders: Während auf der unteren Ebene Briefträger und Amtsgehilfen in großem Stil entbräunt, auf umständliche, zugleich unzuverlässige Weise entnazifiziert wurden, begann in den höheren Etagen eine umfängliche Wiederbesetzung neuer Stellen mit altem Personal: Ministerialbürokraten, Richter, Polizeiführer, Hochschullehrer, kaum mit dem Schrecken davongekommen, entzogen sich jeder ernstesten Auseinandersetzung mit einem Regime, das ohne sie nicht hätte existieren können. Nicht die Untüchtigsten gingen in die Wirtschaft. Die Alliierten mußten belastete Offiziere rehabilitieren, als sie neue deutsche Divisionen wollten. Ein besonders übles Kapitel war die Übernahme von Gestapoleuten und ähnlichen Terroristen in die Nachrichtendienste der Siegermächte. Klaus Barbie, der »Schlächter von Lyon«, war kein Einzelfall.

Konrad Adenauers Gegenüber war ich nicht; ich wurde es erst spät und habe dann einiges dazu beigetragen, daß seine letzte Amtsperiode nur noch zwei Jahre währte. Der große Gegenspieler in der Zeit der bundesrepublikanischen Staatswerdung, Kurt Schumacher, stand Adenauer an Willensstärke und Antikommunismus nicht nach. Doch in seiner Art, sich zu geben, der Militanz, die in Fanatismus umschlagen konnte, unterschied er sich durch und durch. Redegewaltig, wie er war, stieg Schumacher zu einer nationalen Figur auf, als von Adenauer über Köln und das Rheinland hinaus noch kaum die Rede war. Doch der Vorsprung war nur zeitlicher Natur. Sein Drang, Gerechtigkeit durch radikale soziale Veränderungen zu bewirken, stand dem Ruhebedürfnis der Menschen ebenso entgegen wie sein aggressives Streben nach nationaler Einheit. Kurt Schumacher hat nur die ersten drei Jahre der Bundesrepublik erlebt, 1952 trug der kranke Körper den kämpferischen Geist nicht mehr. Sein Erbe an die Sozialdemokratie reichte weit.

Antieuropäisch war Schumacher nicht, das hätte auch schlecht zur Tradition seiner Partei gepaßt. Man hat ihn und die Seinen in die Nähe von Neutralismus, auch im Hinblick auf die westliche Demokratie, rücken wollen; das ging gleichfalls an der Sache vorbei. Doch konnte es nicht gelingen, einer Bevölkerung, die sich dankbar unter die Fittiche der mächtigsten aller irdischen Mächte flüchtete, einen deutschen Sonderstatus schmackhaft zu machen, auf den im westlichen Ausland niemand anbeißen mochte.

Adenauer war kein gefühlsbetonter Mensch und ließ sich kaum je enttäuschen. Menschliche Schwächen unterstellte er und verstand er auszunutzen. Er sprach noch weniger kompliziert, als er dachte. Und es haftete ihm eine außergewöhnliche Fähigkeit zur Vereinfachung an – so, wenn er beim beginnenden Streit um Wiederbewaffnung und Westintegration seinen Zuhörern suggerierte, es gehe um die Wahl zwischen Ost und West: »Mit dem Osten wollen wir doch nicht gehen, meine Damen und Herren; zwischen den Stühlen können wir auch nicht sitzen, das wollen ja nicht einmal die Sozialdemokraten, also müssen wir mit dem Westen gehen!« Ein skandinavischer Journalist, der – Wahlkampf 1953 – an einem Abend Adenauer und mich gehört hatte und mit dem ich zu später Stunde zu Abend aß, sagte mir ohne alle Umschweife: »Diesen Streit könnt ihr nicht gewinnen.«

Ja, so ungeheuer einfach ließ es sich sagen, und so ging es den Leuten ein, denen man auch noch die Last des Abwägens nahm. Wo es Wirkung versprach, kam eine gute Portion Rücksichtslosigkeit hinzu. Schläue mischte sich mit Starrsinn, der Zweck heiligte manches Mittel, und die patriarchalische Verschlagenheit konnte entwaffnen.

Als ich ihn im Frühjahr 1961, zu Beginn des Wahlkampfes, aufsuchte und ihn, gestützt auf üble Machwerke, nicht nur aus bayerischen Landen, fragte, ob es unvermeidlich sei, daß wir auf diesem Niveau miteinander umgingen, guckte er mich treuherzig an und meinte: »Aber Herr Brandt, wenn ich was gegen Sie hätte, würde ich es Ihnen doch sagen...« Im Juni 1963, als Kennedy seinen großen Tag in Berlin hatte, war der nicht wenig erstaunt, als ihn der »Alte«, noch vor dem Mittagessen im Rathaus, zu einem Vieraugengespräch bat und dem Präsidenten einschärfte: Er solle sich bloß nicht von mir einwickeln lassen, denn »die Sozialdemokraten bleiben unzuverlässig«. Kennedy, mit Adenauer als Tischnachbar an der anderen Seite, flüsterte mir die Mahnung noch während des Essens ins Ohr.

Der Mann hatte Erfolg, weil die meisten hören wollten, was er ihnen sagte. Er sagte auch noch, was er sonst für opportun hielt, und nahm es dabei mit der Wahrheit nicht immer genau. Das alles soll es in der Politik auch sonst schon gegeben haben, wenn auch nicht im-

mer so gekonnt und mit solchem Erfolg. Er wollte das Sagen haben. Er wollte seiner politischen Sammelgruppierung das Kleid einer Staatspartei anpassen und eine halbwegs satte Gesellschaft im europäischen Westen – mit amerikanischer Rückendeckung – verankern. Hätte den Deutschen, im größeren Teil ihres Landes, nicht Schlimmeres widerfahren können?

Die späteren Eindrücke bleiben häufig die stärkeren, doch aus frühen Jahren lebt in mir der Eindruck fort, wir seien nicht schlecht miteinander ausgekommen. Ich war ein nicht sonderlich einflußreicher Abgeordneter im Auswärtigen Ausschuß, als er mir mancherlei Aufmerksamkeit widmete. Nach seiner Moskau-Reise 1955 schickte er mir einen Zettel mit der Bemerkung, Bulganin habe sich bei ihm erkundigt, ob in Berlin das Hotel Kempinski noch stehe; das scheinere in guter Erinnerung zu haben. Als ich von meiner »Weltreise« Anfang 1959 zurück war, wollte er bei einem Abendessen wissen, was es in Japan mit den Geishas auf sich habe. Meine kulturgeschichtlichen Kommentare befriedigten ihn nicht. Unter Berufung auf einen Schweizer Kunsthändler erklärte er apodiktisch: »Das ist dort auch nicht anders als anderswo.«

Eine gewisse Nähe ergab sich aus dem Verhältnis von Bürgermeister zu Bürgermeister, zumal er großes Verständnis für die Notwendigkeiten der Stadtkasse hatte und mir – gegen den Finanzminister – mehrfach half, das Geld einzutreiben, das Berlin brauchte. Bei seinen Besuchen in der Stadt äußerte er sich freimütig und boshaft über seine Minister; so erfuhr ich mehr Interna, als seiner Partei lieb sein konnte. Von einem, der mit am Tisch saß und dessen deutschlandpolitisches Drängen ihm mißfiel, meinte er, der sei, wie mir wohl geläufig, bei seiner letzten Rede in der Kongreßhalle »schlicht besoffen« gewesen; in Bonn hatte er den Kabinettskollegen – Ernst Lemmer – zwingen lassen, das Quartier zu wechseln und aus der Berlin-Vertretung auszuziehen. Begründung: »Wo er jetzt wohnt, verrät er den Sozis alles beim Kartenspielen.«

Ob er die Dinge so ernst nahm, wie er sie nach außen darstellen ließ? Als ich ihn nach meiner Wahl zum Regierenden Bürgermeister in Rhöndorf besuchte, hatte Tito gerade die DDR anerkannt. Unter dem bemerkenswerten Hinweis, daß ich mich doch im Osten auskennte, wollte er wissen, was ich von dem Vorgang hielt. Ich ver-

suchte mein Bestes, aber er hatte seine Konklusion längst parat: »Lassen Sie mal, ich will Ihnen sagen, wie ich das sehe: Der Tito, das ist ein ganz gewöhnlicher Räuber.« Bei einer anderen Gelegenheit, in meinem Rathaus, nachdem er sich über den zur Großwildjagd nach Afrika aufgebrochenen Bundestagspräsidenten mokiert hatte und mit augenzwinkerndem Hinweis, daß mich das Verhältnis zum Parlament in den kommenden Jahren ebenfalls beschäftigen könne: »Wissen Sie, man muß die Herren gut entschädigen, viel reisen lassen und ihnen reichlich Urlaub gönnen.«

Vierzehn Jahre stand er an der Spitze der Regierung. Es hatte, im September 1949, seiner eigenen Stimme bedurft, damit er im ersten Wahlgang gewählt wurde. Bevor ihn, den 73jährigen, die eigenen Leute auf den Schild hoben, hatte er versichert: Er könne – laut Arzt – das Amt »wenigstens noch für ein Jahr« übernehmen; tatsächlich war Professor Martiny der Meinung gewesen, auch für zwei Jahre werde es gehen. Mindestens so gewichtig war das Machtwort eines jungen bayerischen Abgeordneten namens Strauß. Der sprach für den Teil der Union, der das S statt des D im Parteinamen führte, und erklärte: Für den Fall einer Großen Koalition, die Adenauer nicht wollte und Ludwig Erhard auch nicht, werde die CSU mit der CDU keine Fraktionsgemeinschaft eingehen; sie hätten dann nicht einmal den Parlamentspräsidenten stellen können.

Adenauer war von der Idee besessen – jedenfalls gab er dies vor, und wahlwirksam war es allemal –, die Sozialdemokraten würden ins Schlepptau der Kommunisten geraten. Die Bonner Republik begann also im Zeichen eines »rechten« Bündnisses. Zu dessen Absprachen gehörte, daß der Bundespräsident aus den Reihen der Parteiliberalen zu kommen hatte: Professor Theodor Heuss, ein gediegener schwäbischer Demokrat, Schüler von Friedrich Naumann, manchmal wie Wachs in Adenauers Händen, dabei ein durchgeistigter und würdevoller Repräsentant unseres jungen Staatswesens; er wurde mir ein lieber väterlicher Freund.

Adenauer und ich – auch nachdem er im Herbst 1963 als Bundeskanzler hatte zurücktreten müssen – verloren uns nicht aus den Augen. Immerhin blieb er – bis März 1966 – Parteivorsitzender; ich war es Anfang 1964 geworden. Auch später noch hat es das eine und andere Gespräch gegeben, und ich war unter den Gästen, die seinen

90. Geburtstag – im Januar 1966 – in der Godesberger Redoute feierten. Da stand er, kerzengerade, erzählte von seiner Erinnerung an das Dreikaiserjahr 1888, vom Kaiserbesuch in Köln, auch von Näherliegendem und siegte auf der ganzen Linie. Sein schlitzohriger Charme war einmalig.

Zwei Monate später – März 1966 – machte er auf dem Parteitag der CDU, seinem letzten, nicht wenig Furore, als er erklärte, die Sowjetunion sei in die Reihe der Völker eingetreten, die den Frieden wollten; man müsse verstehen, daß sich das russische Volk vor den Deutschen fürchte, denn es habe fünfzehn (sowjetische Zahl: zwanzig) Millionen Tote gehabt. Die harten Wunden, die die Russen Deutschland geschlagen hätten, seien »Vergeltung für harte Wunden, die den Russen unter Hitler geschlagen worden sind«. Mir sagte er um dieselbe Zeit: »Wir haben die Russen falsch behandelt.« Vor allem »die Herren vom AA« hätten das nicht richtig gemacht, sie seien mit dem sowjetischen Botschafter ganz falsch umgegangen.

Hieß dies, wie nicht wenige seiner Parteigänger unterstellten, daß der alte Herr der Senilität anheimgefallen wäre? Ich meine, nein, und halte jene Deutung für zu simpel. Von einem seiner wenigen Vertrauten – Heinrich Krone – ist überliefert, was er schon Ende 1961, im Jahr der Mauer-Krise, gesagt hatte: Für den Rest seines Lebens sei es das Wichtigste, »unser Verhältnis zu Rußland in eine erträgliche Ordnung zu bringen«. Andererseits begehrte er noch Anfang 1967, kurz vor seinem Tod, leidenschaftlich auf und nannte den Vertrag zur Nichtverbreitung von Atomwaffen, den die Weltmächte zu schließen im Begriff waren, ein »Super-Versailles« und einen »Morgenthau-Plan im Quadrat«; vier Jahre zuvor und noch im Amt hatte er das Teststopp-Abkommen abgelehnt, weil auch die DDR zur Unterschrift eingeladen war.

1955, nach seiner Rückkehr aus Moskau, als er die diplomatischen Beziehungen gegen den Rat seiner engsten Mitarbeiter aufgenommen hatte, wurde er in der Bundesrepublik hoch gefeiert; daß die restlichen Kriegsgefangenen und Kriegsverurteilten freigelassen würden, war ihm fest zugesagt worden. Für ihn selbst lag der wichtigste politische Ertrag in einer Offenbarung Chruschtschows. Unter vier Augen hatte der ihm seine Sorgen, China betreffend, mitgeteilt: Schon lebten dort 600 Millionen Menschen, und jährlich kämen

zwölf Millionen hinzu. Adenauer, der den biedereren Ministerpräsidenten und Exmarschall Bulganin dem »geltungssüchtigen und agitatorischen Parteimann« Chruschtschow vorzog, schöpfte jene Hoffnung, die ihn jahrelang beflügeln sollte: Die Russen würden dem doppelten Druck auf die Dauer nicht standhalten können, also müßten sie dem Westen eines Tages Konzessionen machen.

Wenige Tage nach der Septemberwahl 1961, den Groll über Entgleisungen hinter mir lassend, suchte ich ihn im Palais Schaumburg auf, um außenpolitische Gemeinsamkeiten zu erkunden und über eine etwaige gemeinsame Bundesregierung zu diskutieren. Ein weiteres Gespräch, an dem Kollegen aus der Führung meiner Partei beteiligt waren, folgte – mit dem vorläufigen Ergebnis, daß Adenauer mit den Freien Demokraten nun leichter einen neuen Handel schließen konnte. Ende 1962 ward wieder – diesmal ohne mein Zutun und ohne mein Beisein – über die Bildung einer Großen Koalition geredet, und wieder ohne Ergebnis. Der formale Grund: Der sozialdemokratische Vorstand verweigerte sich einem Wahlrecht, das nur noch den beiden großen Parteien den Einzug in den Bundestag ermöglicht hätte. Hinter den Kulissen plädierte Adenauer 1966 für das Zustandekommen einer Großen Koalition; er sah sich in seiner Einschätzung bestätigt, daß Erhard das Zeug zum Bundeskanzler nicht habe. Mir hat er im Privatgespräch Ratschläge gegeben, von denen er meinte, der Außenminister sollte sie beherzigen.

Die Suche nach außenpolitischen Gemeinsamkeiten in der Endzeit der Ära Adenauer änderte nichts an meiner Einschätzung, daß er die Westintegration der Bundesrepublik und kaum die Wiedervereinigung Deutschlands fest im Auge hatte. Die Wiederbewaffnung bot er an und setzte er durch, als in keiner Weise ausgereizt war, ob im Spiel um Deutschland nicht doch verborgene Karten lägen. Wäre ihm die deutsche Einheit in den Schoß gefallen, er hätte sich sehr wohl zugetraut, auch damit fertig zu werden. Aber die Zugehörigkeit zum westlichen Bündnis und zu einem französisch-deutsch geführten Westeuropa zu lockern, dagegen hätte sich alles in ihm gesträubt. Zu Unrecht ist er in den Wirren nach dem Ersten Weltkrieg des Separatismus verdächtigt worden. Der Rheinstaat, mit dem er sympathisierte, war gegen Preußen, nicht gegen ein föderiertes Deutschland gerichtet. Doch daß er Westeuropa schaffen helfen

wollte, daran ist kein Zweifel. Wenn auch sein Bild von jenem Westeuropa enger blieb als das seines Altmännerfreundes Charles de Gaulle. Der holte historisch weiter aus, zurück und nach vorn, und hatte einen ausgeprägten Sinn für die tief nach Osten reichende europäische Dimension.

Adenauer war sich seines Volkes nicht sicher – nach allem, was geschehen war. Daß es Maß und Mitte finde, mochte er nicht glauben und meinte deshalb, Deutschland vor sich selbst schützen zu müssen. Mir vertraute er an, noch unter dem Eindruck des Jubels, den de Gaulle während seiner Deutschland-Visite 1962 ausgelöst hatte: »Die Deutschen verlieren leicht die Balance.« Als würdelos empfand er es, daß man ihm in Bayern von Staats wegen einen – wertvollen – Kupferstich vom Einzug Napoleons in München schenkte.

Es ist aktenkundig, daß er sich den Alliierten als unentbehrlich angepriesen hat; auf einen Nachfolger würden sie sich nicht verlassen können. Und daß er die Westmächte, der eigenen innenpolitischen Bedürfnisse wegen, zum Lippendienst an der Wiedervereinigung ebenso angehalten und ihnen versichert hat, eine solche »Gefahr«, lasse man ihn gewähren, sei nicht zu befürchten. Neutralität und Bündnisfreiheit – oder wie immer man es nennen mochte – hießen für ihn Moskau in die Hände arbeiten oder, im günstigsten Fall, einer gefährlichen Schaukelpolitik Tür und Tor öffnen, sei es von links, sei es von rechts. Gegen die sowjetischen Noten vom Frühjahr 1952 hatte er nicht deswegen so heftig polemisiert, weil er ihre Ernsthaftigkeit ganz und gar in Zweifel zog, sondern weil er den Deutschen Bündnisunabhängigkeit nicht zutraute und ihr unter keinen Umständen einen Weg ebnet wollte.

Dabei machte es ihm nichts aus, Ziele vorzuführen, die nicht zu erreichen waren und die zu erreichen nicht zu seinem politischen Fahrplan gehörte. Als die Bundesrepublik Mitglied der NATO geworden war, hörte ich ihn sagen, nun säßen wir im stärksten Bündnis der Geschichte: »Es wird uns die Wiedervereinigung bringen.« Er zögerte nicht, seine Kritiker zu verhöhnen, wenn er ihnen, so im April 1960, entgegenhielt, die Wiedervereinigung mache große Fortschritte – »nur noch die Sowjetunion« sei dagegen. Während er Reden hielt, daß Schlesien und Ostpreußen wieder deutsch würden,

sagte er im vertraulichen Gespräch – August 1953 – über die Gebiete jenseits von Oder und Neiße: »Die sind weg.« Und von den ersten zwölf Divisionen, noch bevor sie aufgestellt waren, in einem Hamburger Gespräch: Die seien ganz gut, wenn er mit dem Westen rede. Der Gesprächspartner unterbrach: Er meine wohl, mit dem Osten. »Nein, Herr Ollenhauer, mit dem Westen. Von da kommt der Druck, die anderen sind viel realistischer, die haben genug mit sich zu tun.«

1952 hat er es nicht etwa versäumt, den sowjetischen Noten nachzugehen und die Chance angeblich freier Wahlen in Deutschland zu prüfen. Er hat dem gar nicht nachgehen wollen. Als ihm Churchill ein Jahr später, nach Stalins Tod, von einer möglicherweise weitreichenden Veränderung der sowjetischen Politik berichtete, hat er das als eher störend empfunden. Er war auf eine simple Weise von der Stärke der USA fasziniert. Bei seinem ersten Besuch – Frühjahr 1953, noch mit dem Schiff – saß er frühabends beim Generalkonsul in New York, blickte auf die Skyline von Manhattan und sagte zu Staatssekretär Professor Hallstein: »Können Sie das verstehen, daß sich der Herr Ollenhauer mit so'nem mächtigen Land nicht verbünden will?« So wiedergegeben durch Generalkonsul Riesser wenige Monate später. Doch die amerikanische Faszination verstellte ihm zu keiner Zeit den Blick nach Paris.

Frankreich zog ihn an, weil es rheinisches Gefühl und karolingische Tradition geboten und weil er nüchtern kalkulierte, daß in Westeuropa nur gutgehen könne, was von Deutschen und Franzosen getragen würde. In der Distanz Großbritanniens gegenüber traf er sich mit de Gaulle, der den Engländern grollte, der ihnen die Geringschätzung während seines Londoner Kriegsexils verübelte und im übrigen dem britisch-amerikanischen Sonderverhältnis mißtraute.

1962 habe ich Adenauer beschworen, er möge sich einen Ruck geben und de Gaulle dafür gewinnen, daß Großbritannien die Tür zur EWG geöffnet und eine zusätzliche Spaltung Europas vermieden werde. Er war nicht zu bewegen: Was zähle, seien Frankreich und Deutschland. Gewiß, Italien gebe es auch, und dann sei da noch das »Benelux-Gemüse«. Aber wenn aus zwei Hauptbeteiligten, Paris und Bonn, mit London drei würden, könne leicht sein, »daß die bei-

den anderen zu unseren Lasten Kippe machen«. Um die Engländer auf Abstand zu halten und weil sie von Kennedy nichts Gutes erwarteten, haben die beiden alten Herren in Paris und Bonn den deutsch-französischen Freundschaftsvertrag – Januar 1963 – unnötig belastet. Bundestag und Bundesrat suchten aus der Not eine Tugend zu machen und – ich war, moderierend, daran beteiligt – stellten dem Vertrag eine Präambel voran, die das Atlantische Bündnis würdigte und den Weg zur Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft offenhielt. Adenauer hat dieses Beiwerk als einen Einbruch in sein Lebenswerk betrachtet und sich bestätigt gesehen, als Erhard weder Weitsicht noch Willen aufbrachte, um das Verhältnis zu Paris zu pflegen, wie es angezeigt gewesen wäre. Die Präambel und deren ungnädige Aufnahme in Paris beschwerten ihn um so mehr, als er mittels des Vertrages de Gaulle hindern wollte, sich doch noch mit Moskau einzulassen. Schon vor dessen Deutschland-Besuch hatte Adenauer, stöhnend fast, mir anvertraut, daß de Gaulle »auch anders« könne.

In Wirklichkeit hat Adenauer keinen Augenblick geglaubt, zwischen Paris und Washington wählen zu können. Er hat versucht, sich durchzumogeln – ahnend, daß de Gaulle die Amerikaner aus Europa heraushaben wollte, aber nicht aus Deutschland und daß er damit seinem eigenen Interesse durchaus entgegenkam. Die Amerikaner in Deutschland zu wissen war und blieb ihm Anfang und Ende seiner Politik.

In vielem war der »Alte« beweglicher, als er den meisten erschien. Zu Hause konnte er den Gewerkschaften in der Frage der Mitbestimmung bei Kohle und Stahl entgegenkommen und mit den Stimmen der Sozialdemokraten, gegen einen beträchtlichen Teil seiner Koalition, über Wiedergutmachung zugunsten Israels beschließen lassen. Auch in der gesamtdeutsch genannten, in Wirklichkeit auswärtigen Politik war er nicht nur stur, wenngleich er – aus den Zusammenhängen heraus betrachtet – durchweg im Taktischen steckenblieb. Immerhin, 1958 hat er erst gegenüber Botschafter Andrej Smirnow, dann auch vor dem Bundestag eine »Österreich-Lösung« für die DDR ins Gespräch gebracht; sie hätte eine Grenzenerkennung vorausgesetzt. Der Gegenstand kam auch gegenüber dem stellvertretenden sowjetischen Ministerpräsidenten zur Sprache, als die-

ser im April 1958 Bonn besuchte; aber Mikojan stellte sich taub. Ich kannte Ernst Reuters Hoffnung, daß sich aus einer Lösung für Wien und Österreich Günstiges für Berlin und Deutschland ablesen lassen werde; mir erschien das zu optimistisch. Die geographische Lage und das wirtschaftliche wie militärische Potential ließen auch und gerade am Ende der fünfziger Jahre einfache Vergleiche nicht zu.

Im Januar 1959 redete Adenauer einer »Humanisierung« in der DDR das Wort, im Sommer 1962 einer Art »Burgfrieden«: Zehn Jahre solle es beim bestehenden Zustand bleiben, falls die Menschen in der DDR freier leben könnten. Im Oktober jenes Jahres räumte er mir gegenüber ein: »Es ist anders gegangen, als wir 1948 dachten.« Er erwog einen winzigen Schritt in Richtung auf ein amtliches Verhältnis zum anderen deutschen Staat: Der Treuhandstelle für den innerdeutschen Handel sollte ein pensionierter Generalkonsul zugeordnet werden; doch daraus wurde nichts. Im Oktober 1962 erklärte der Kanzler vor dem Bundestag, die Regierung sei bereit, über vieles mit sich reden zu lassen, wenn »unsere Brüder in der Zone« ihr Leben so einrichten könnten, wie sie es wollten – »Überlegungen der Menschlichkeit spielen hier für uns eine noch größere Rolle als nationale Überlegungen«. Dies war ein deutlicher Brückenschlag zu meiner Argumentation, besonders seit Errichtung der Mauer. Apropos Mauer: Es ist viel Wesens davon gemacht worden, daß Adenauer sich nicht sogleich nach Berlin begeben hat. Ich fand's damals und später nicht so wichtig. Böse wurde ich nur, als seine Büchsenspanner den Unsinn in die Welt setzten, er sei weggeblieben, um keinen Aufstand in »der Zone« zu provozieren. Und nur noch mit dem Kopf schütteln konnte ich, als er Chruschtschow vorwarf, mit dem Bau der Berliner Mauer betreibe er »eine beabsichtigte Hilfe im Wahlkampf für die SPD«.

Am 17. Juni 1963, wenige Monate vor seiner Ablösung, war der Bundeskanzler in Berlin und hielt eine dem Anlaß des Tages gemäße, allerdings wenig inhaltsreiche Ansprache. In scharfem Kontrast dazu stand jenes längere, ungezwungene Gespräch, das wir hinterher in meinem Amtszimmer hatten und an dem Heinrich von Brentano teilnahm; der frühere Außenminister wirkte jetzt wieder als Vorsitzender seiner Parlamentsfraktion. Adenauer: Was ich eigentlich von der Hallstein-Doktrin hielte, also dem strikten Bestehen darauf, daß

es sich andere Staaten, wenn sie sich zur Anerkennung der DDR entschlossen, mit uns verderben würden. Warum er mich danach fragte? Er: Gewisse Dinge müsse man weggeben, »solange man noch etwas dafür bekommt«. Ich sagte, daß ich mich in den nächsten Tagen in Bonn bei ihm melden würde, reiste schon tags darauf an, aber da hatte er keine Lust mehr, in das von ihm selbst angerissene Thema einzusteigen.

In der Adenauer-Literatur und -forschung ist viel Aufhebens von einem Globke-Plan gemacht worden; ob sich der Chef mit den Texten seines hochgestellten Zuarbeiters hat identifizieren wollen oder ob er ihn nur hat gewähren lassen, weiß man bis heute nicht. Jedenfalls ist weder die Regierung damit befaßt noch gar die Opposition ins Vertrauen gezogen worden. Ich selbst habe diese Fußnote zur Zeitgeschichte erst sehr viel später zur Kenntnis genommen. Dabei beschäftigte mich weniger der höchst umstrittene Urheber der brisanten Aufzeichnungen, der Staatssekretär und Chef des Kanzleramtes Hans Globke; er war einst Ministerialdirektor im Reichsinnenministerium gewesen und hatte sich einen Namen als Kommentator der judenfeindlichen Nürnberger Gesetze gemacht. Globke war in jenen Jahren aber auch Vertrauensmann seiner Kirche gewesen und hatte sich – aller Kommentierung zum Trotz – einer sehr subtilen Form von »Widerstand« verschrieben. In jüdischen Angelegenheiten wurde er ein nicht ungerne gesehener Partner und Adenauer zum unentbehrlichen Diener.

Der sogenannte Globke-Plan liegt in zwei Varianten vor, einer vom Frühjahr 1959, einer vom November 1960. In der Ursprungsfassung war davon die Rede, daß die beiden deutschen Staaten einander als souverän anerkennen sollten; nach fünf Jahren würde durch getrennte Volksabstimmungen über den Zusammenschluß zu entscheiden sein; ein freier Verkehr von Menschen und Informationen sollte sofort in Gang kommen. In der zweiten Fassung war eine Anerkennung nicht mehr vorgesehen, wohl aber die Aufnahme diplomatischer beziehungsweise amtlicher Beziehungen – mit einer Volksabstimmung nach fünf Jahren und Entmilitarisierung der DDR; Berlin sollte inzwischen den Status einer Freien Stadt erhalten. 1960 hat außerdem Felix von Eckardt, vermutlich im Auftrag Adenauers, einen – geheimen – Plan entwickelt, der auf eine neutralisierte und de-

mokratisierte DDR hinauslief, mit dem ganzen Berlin als Hauptstadt. Ich hatte Eckardt, damals Chefredakteur des *Weser-Kurier*, 1945 in Bremen kennengelernt und stand mit ihm, als er Bundespresseschef war, in gutem Kontakt. Doch von seinen Plänen oder denen Globkes hat er auch mir nie ein Sterbenswörtchen gesagt.

An Projekten, wie die Misere der deutschen Teilung zu überwinden sei, herrschte im Übergang von den fünfziger zu den sechziger Jahren kein Mangel. SPD wie FDP veröffentlichten im März 1959 Deutschlandpläne mit dem Ziel, die Wiedervereinigung stufenweise zuwege zu bringen – auf dem Weg über Verhandlungen zwischen den Vier Mächten und den beiden deutschen Staaten. Ich erkannte darin nicht die gebotene Wirklichkeitsnähe, bin auch nie mit dem Papier in Verbindung gebracht worden. Ende Juni 1960 nahm Herbert Wehner, stellvertretender Partei- und Fraktionsvorsitzender, den von ihm selbst geformten Deutschlandplan vom Tisch und verkündete in einer fulminanten Bundestagsrede, zum nicht geringen Erstaunen seiner engsten Bonner Kombattanten und selbst des Parteivorsitzenden: Die SPD akzeptiere die Westbindungen uneingeschränkt als Grundlage künftiger Außen- und Deutschlandpolitik. Ich selbst hatte schon im Jahr zuvor einen Katalog von Fragen formuliert, von denen ich meinte, daß wir in den Antworten mit den anderen Parteien übereinstimmten; mein Freund Fritz Erler hatte dieses Resümee von Gemeinsamkeiten im Bundestag vertreten, doch ohne schon greifbare Ergebnisse herbeiführen zu können.

Hätte sich etwas geändert, wenn es zu einer ernsten und offenen Aussprache zwischen Konrad Adenauer und Nikita Chruschtschow gekommen wäre? Ich muß die Frage, mit gehörigem Abstand, auch an die eigene Adresse richten. Denn so, wie der sowjetische Chef 1962 den Wunsch hatte, sich mit Adenauer zu treffen, hat er 1959 und 1963 angeboten, mich in Ostberlin zu empfangen.

Als sich ein Bonn-Besuch Chruschtschows abzeichnete, war Adenauer soeben abgetreten. Des Kreml-Chefs Schwiegersohn, Alexej Adschubej, damals Chefredakteur der *Prawda*, kam 1964 nach Bonn. Ich sah ihn allein und auch im Kreis jener konservativen Redakteure, die ihn eingeladen hatten. Chruschtschows Bonn-Besuch schienen keine Hindernisse mehr im Wege zu liegen; Erhard wollte ihn gern empfangen. Doch im Oktober war die Zeit des bulligen Ni-

kita Sergejewitsch abgelaufen. In der Kette, die zu seinem Sturz führte, war sein westdeutscher Reiseplan ein Glied gewesen. Die erratische Innen- und Außenpolitik inklusive des nuklearen Säbelrasseleins rund um die Kuba-Krise bildeten andere Glieder; den letzten Anstoß scheinen Beschwerden der DDR-Führung über Adschubej und dessen Wiedervereinigungssprüche gegeben zu haben. Als die Einladung Anfang 1965 wiederholt wurde, zeigte sich Kossygin – gemeinsam mit Breschnew – desinteressiert.

Daß auch meine Begegnungen mit Chruschtschow ins Wasser fielen, war nicht von der gleichen Tragweite. Er hatte sich während der Auseinandersetzung um Berlin mit mir noch mehr angelegt als ich mich mit ihm. Sein gewiß ehrliches, doch unzulängliches Bemühen, die Auswüchse des Stalinismus zu überwinden, verband sich mit der Neigung zu großmäuligem Auftrumpfen, nicht zuletzt gegenüber der Stadt, deren Bürgermeister ich war; russische Freunde haben mir später erzählt, gerade 1961, zu Zeiten des Mauerbaus, hätte er ein neues Stück Antistalinismus in seinem Repertoire gehabt. Ich denke manchmal an jenen Abend zurück, an dem ich in Gegenwart amerikanischer Journalisten einer Fernsehübertragung aus Moskau zuhörte. Chruschtschow meinte, sein Publikum mit der Enthüllung interessieren zu können, daß sich mein Name mit »Feuer« übersetzen lasse. Was ihn wenig später nicht davon abhielt, sich an einem Treffen interessiert zu zeigen. Ob ich ihm das abstruse Projekt der Mauer hätte ausreden können? Ich zweifle sehr daran, und doch hielt ich es bald für einen Fehler, dieser Begegnung und der möglichen zweiten ausgewichen zu sein.

Im März 1959, auf dem Rückflug aus Indien, hatte ich einen Zwischenaufenthalt in Wien. Mein Freund Bruno Kreisky, noch Staatssekretär im Außenministerium, erwartete mich auf dem Schwechater Flughafen und überbrachte die Einladung Chruschtschows nach Ostberlin. Genauer gesagt war es die Bereitschaft, mich zu empfangen; es ist alte russische Tradition, einen Einzuladenden als denjenigen erscheinen zu lassen, der eingeladen zu werden gebeten hat.

Der Hintergrund: Bruno Kreisky hatte in einem Vortrag über ein Sonderstatut für Berlin – ganz Berlin – laut nachgedacht. Die Sowjets vermuteten, ich steckte dahinter, und ließen Kreisky bitten, mir auf privatem Weg die Anregung zu einem Treffen mit Chru-

schtschow möglichst rasch zugehen zu lassen. Ich bat, meine grundsätzliche Bereitschaft zu übermitteln, und wies darauf hin, daß ich zunächst die alliierten Schutzmächte und den Bundeskanzler ins Bild zu setzen hätte.

Adenauer fand, ich solle selbst abwägen, und stellte mir anheim, auf die sowjetische Offerte einzugehen oder nicht. In Berlin legte der amerikanische Gesandte ungewöhnlich scharfen Einspruch ein, der von Günter Klein, einem mir nahestehenden Mitglied des Senats, unterstützt wurde. Es kam hinzu, daß durch Indiskretion von sowjetischer Seite verkürzende und entstellende Informationen an die Öffentlichkeit drangen. Dies nutzte ich als Grund zur Absage. Mein Freund Kreisky, der den Russen gegenüber in eine schiefe Lage kam, war sehr enttäuscht; er hatte sich übernommen.

Erich Ollenhauer hatte, unabhängig von mir, einen Termin bei Chruschtschow in Ostberlin wahrgenommen; herausgekommen war nichts. Im selben März 1959 besuchten Carlo Schmid und Fritz Erler die sowjetische Hauptstadt und kamen mit weniger als leeren Händen zurück. Denn nicht nur servierte man ihnen ein plattes Nein auf die Frage, ob über Schritte zur deutschen Einheit gesprochen werden könne, Chruschtschow selbst gab ihnen – an meine Adresse – auf den Weg, die Bundesrepublik solle für West-Berlin Ausland werden. Von meinen beiden Freunden war Carlo noch mehr enttäuscht als Fritz, denn er hatte Adenauer im Herbst 1955 nach Moskau begleitet und war bei Nikita nicht nur wegen seiner offenen Sprache zu hohem Ansehen gelangt, sondern auch, weil er – nach reichlichem Lebertranguß – so trinkfest war. Die Trinkfestigkeit in Verbindung mit seiner Körperfülle hatte Chruschtschow veranlaßt, ihn mit »Gospodin Großdeutschland« anzureden; im eigenen Land mußte er zufrieden sein, »Monte Carlo« genannt zu werden.

Fast vier Jahre später, im Januar 1963, kam es zur zweiten Quasi-Einladung. Der Kreml-Chef war nach Berlin gekommen, um an einem SED-Parteitag teilzunehmen. Durch einen Beamten seiner Ostberliner Botschaft und durch zwei in West-Berlin stationierte Generalkonsuln, den österreichischen und den schwedischen, ließ er mich wissen, daß und wann er mir zu einem Gespräch zur Verfügung stehe. Diesmal, nach und wegen der Mauer, schien mir alles für die Annahme des Gesprächsangebots zu sprechen. Wieder wandte ich

mich zuerst, telefonisch, an den Bundeskanzler. Adenauer überließ mir auch jetzt die Entscheidung. Er meinte, eine solche Unterredung werde weder nutzen noch schaden.

Anders Rainer Barzel, mein späteres Gegenüber beim nicht nur parlamentarischen Kampf um die Ostverträge, damals Minister für gesamtdeutsche Fragen. Er rief einigermaßen aufgeregt aus Bonn an, riet dringend ab und berief sich auf einen maßgebenden Sozialdemokraten: »Herr Wehner ist gerade hier und teilt meine Meinung.« Das Auswärtige Amt gab keinen klaren, sondern einen diplomatischen Rat. Die Konsultation mit den Alliierten erbrachte kein deutliches Bild. Ich wollte Kennedy anrufen, ließ mich jedoch durch den (neuen) amerikanischen Gesandten davon abbringen. Den Ausschlag gab mein Berliner Koalitionspartner. Bürgermeister Amrehn, mein Stellvertreter, erklärte auf einer außerordentlichen Senatssitzung in aller Form, wenn auch mit nur zögernder Zustimmung einiger der CDU-Kollegen, seine Partei würde die Stadtregierung verlassen, sollte ich das Treffen mit Chruschtschow wahrnehmen. Berlin dürfe »keine eigene Außenpolitik« betreiben. Ich kam zu dem Ergebnis, unter diesen Umständen im letzten Augenblick absagen zu lassen. Mir schien es nicht ratsam, dem mächtigen Mann aus Moskau mit einem eben geplatzen Senat im Rücken gegenüberzutreten; außerdem standen Wahlen unmittelbar bevor. Ich hätte sie so haushoch nicht gewonnen, würde ich mich anders entschieden haben.

Ich war mir im klaren, daß meine Absage Chruschtschow brüskieren mußte. Pjotr Abrassimow, der sowjetische Botschafter in Ostberlin, schilderte mir später, als das Tauwetter uns eingeholt hatte, wie konsterniert sein oberster Chef gewesen sei. Der hatte sich gerade umgezogen, als er ihm meinen Bescheid mitteilte, und beinahe die Hose fallen lassen. Abrassimow fügte bei jener späteren Gelegenheit, im Jahre 1966, hinzu, das sei eine verpaßte Gelegenheit gewesen; Chruschtschow habe mir »etwas geben wollen«. Derselbe Abrassimow hat in seinem Buch über die Berlin-Verhandlungen 1970/71 vermerkt, das Treffen Brandt-Chruschtschow, wäre es denn zustande gekommen, hätte »nicht zur Regelung der West-Berliner Angelegenheiten geführt«.

Die Zeit ist über die Frage nach möglichen Gesprächsergebnissen hinweggegangen. Doch das historische Gewissen sagt mir: Ich habe

damals falsch entschieden. Es war nicht vernünftig, die Möglichkeit eines klärenden Gesprächs auf hoher Ebene ungenutzt zu lassen. Adenauer hätte sich darüber nicht viel Gedanken gemacht. Dabei zweifelte er, seit seinem Moskau-Besuch, kaum noch an Chruschtschows und Bulganins Worten. Er hatte, wie er selbst schrieb, »das Gefühl, mit den Männern im Kreml vielleicht doch eines Tages eine Lösung unserer Probleme finden zu können«. Dies ergänzte er gegen Ende seines Lebens mit dem drängenden Hinweis, wir hätten unser Verhältnis zu dem großen indirekten Nachbarn im Osten gefälligst in Ordnung zu bringen!

Ich bezog mich auf eigene Akteneinsicht, als ich, Mai 1970, im Bundestag von Adenauers Mut und Ernst sprach, einen Ausgleich auch mit der Sowjetunion zu suchen; er habe die wirkliche Lage erkannt. Aber die Menschen sind voller Widersprüche, bedeutende allzumal. Auch sie schleppen Vorurteile mit sich herum, der eine mehr, der andere weniger.

Adenauers Nachkriegs-Konsequenz zielte darauf, die Verhältnisse zu stabilisieren. Er fürchtete in diesen Jahren nichts mehr, als daß sich die Siegermächte einander wieder nähern könnten. Das sah ich anders. Er verneinte die Chance zur deutschen Einheit und nutzte die Vorteile Westeuropas für den westdeutschen Staat. Dem ließ sich – in dem Maße, in dem die Voraussetzung ohne Alternative blieb – immer weniger widersprechen. Die Vorreiterrolle, die er, der ganz und gar unmilitärische Regierungschef, schon ab 1949 für die frühe Wiederbewaffnung der Bundesrepublik spielte, habe ich für falsch gehalten. Ich hätte es für richtiger befunden, sich, als deutliches Gegengewicht zur ostzonalen militarisierten Volkspolizei, auf einen bundesdeutschen Grenzschutz zu konzentrieren; dem ehrenwerten Irrtum eines »Ohne uns« bin ich nicht erlegen.

Der »Alte vom Rhein« hat über weite Strecken anders geredet als gedacht. Doch vorherrschend blieb sein robuster Realismus. Der hat ihn für die Bundesrepublik viel erreichen lassen. Ob sich mit einem anderen – gesamtdeutschen – Ansatz hätte mehr erreichen lassen, bleibt eine offene Frage.

Im November 1960, als mich meine politischen Freunde in Hannover zu ihrem Kanzlerkandidaten erkoren, habe ich aus meiner Sicht die Aufgabe so skizziert: »Wir brauchen, ohne daß es unsere

Sicherheit gefährdet, Raum, die politischen Kräfte zur Wirkung zu bringen, um den Immobilismus und den ideologischen Grabenkrieg zu überwinden.« Ich meinte, wir könnten uns »eine selbstbewußte Ostpolitik« leisten, und fügte hinzu, »auch hier« wisse ich mich in Übereinstimmung mit John F. Kennedy, dem neugewählten Präsidenten der USA. Der stand erst am Beginn seiner von soviel Hoffnungen getragenen glanzvollen, von Widersprüchen gewiß nicht freien, knapp dreijährigen Amtszeit.

### *Große Worte, kleine Schritte*

Im August 1961 wurde die Spaltung Berlins in Beton gegossen – gegen das Lebensgesetz einer über Generationen gewachsenen Stadt und, wie ich überzeugt war, gegen den Strom der Geschichte. 25 Jahre später erklärte Ronald Reagan in Washington, er hätte sie, wäre er zu jener Zeit Präsident gewesen, abreißen lassen. Als mich am 13. August 1986 ein amerikanischer Journalist in Berlin hiernach befragte, lehnte ich jeden Kommentar ab. Weshalb ich es nicht für angemessen hielt, mich aus diesem Anlaß in Berlin in eine Polemik mit einem Präsidenten der USA zu begeben? Ich hätte sonst fragen müssen, welche militärischen Maßnahmen er denn hätte ergreifen wollen. Einmarschieren? Mit welchem Ziel und um welchen Preis? Mit starken Worten war auch im nachhinein nichts zu gewinnen. Gewiß, Reagan hat Gorbatschow öffentlich aufgefordert, die Mauer verschwinden zu lassen. Aber in den Verhandlungen mit seinem russischen Partner hat er andere Schwerpunkte gesetzt und erst recht nicht die Teilung Deutschlands – 1945 in Jalta festgelegt – in Frage gestellt. Ich habe mich deswegen nicht mit ihm angelegt.

Berlin hatte bei Kriegsende einen Viermächtestatus erhalten und sollte durch eine gemeinsame Kommandantur der Siegermächte regiert werden. Aber die Rechte und Pflichten der Vier Mächte waren nicht sauber ausgehandelt worden – in einer Zeit, da man sich über die künftigen Rechte der Deutschen begrifflicher Weise nicht viel Gedanken machte. Jeder Kommandant sollte, im Prinzip, über seinen Sektor verfügen können, wie er wollte oder wie ihn seine Regierung